

8 ▶ Dezember 2001

europarot

Infoblatt der
Delegation der PDS
in der Fraktion GUE/NGL im Europaparlament



Gemeinsame Europäische Außenpolitik auf gefährlichem Kurs

Von André Brie und
Karin Schüttpelz

„When I want to speak to Europe, whom do I call?“ fragte einst der ehemalige amerikanische Außenminister Henry Kissinger. Heute hätte er die Wahl zwischen Javier Solana, dem Hohen Vertreter der EU für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, dem jeweils amtierenden Ratspräsidenten, und Chris Patten, dem für die Außenbeziehungen zuständigen Mitglied der Europäischen Kommission. Es gibt „Grundsätze und Leitlinien“ der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP), „Gemeinsame Strategien“ und „Aktionen“. Aber es fehlt an einer gemeinsamen Vision, wie sich die EU aktuellen und künftigen globalen Herausforderungen stellen will, welche Prioritäten und Ziele sie verfolgt und welche Rolle sie in der internationalen Politik künftig zu spielen gedenkt. Nationale Machtinteressen und Egoismen verhindern, dass die Potenzen, die einer eigenständigen europäischen Politik auf internationalem Parkett innewohnen könnten, wirksam werden. Die Tendenzen in der EU-Außenpolitik waren lange Zeit widersprüchlich: Neben Krisenpräventionsmechanismen, Ansätzen für strategische Part-

nerschaften mit Staaten und Regionen, eigenständigen Positionen zu globalen Fragen wie z.B. bei der Weltklimakonferenz bereitete die EU die Militarisierung der Außenpolitik vor und unterstützte die Bombardierung Jugoslawiens. Seit dem 11. September entleiteten der EU die mühsam errungenen ersten Elemente eines eigenständigen außenpolitischen Profils. Es gilt Vasallentreue gegenüber den USA. Zivile Krisenmanagementkonzepte erweisen sich als Makulatur. NATO-Bündnissolidarität bestimmt das außenpolitische Agieren. Eine neue Troika – Blair, Chirac und Schröder – dominiert die EU- Außenpolitik, in der der militärische Faktor – diesmal bei der internationalen Terrorismusbekämpfung – die entscheidende Rolle spielen soll. Ist das die außenpolitische Strategie der EU für das 21. Jahrhundert?

Die Entscheidungen über die GASP fallen hinter den verschlossenen Türen der EU-Staats- und Regierungschefs. Es gibt weder Transparenz noch demokratische Kontrolle. Das Europäische Parlament wird lediglich informiert und angehört. Die öffentliche Diskussion zu einem Aspekt der GASP, nämlich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, anzustoßen, dazu wollen wir mit dieser Ausgabe von europarot beitragen.

Krieg ist keine Antwort auf Terror

Mit Bestürzung und Trauer hat die Fraktion GUE/NGL auf die grausamen Anschläge in New York und Washington reagiert und diese und jegliche anderen Terrorakte, denen unschuldige Menschen zum Opfer fielen, aufs Schärfste verurteilt. „Es gibt kein politisches Ziel, das derartige Verbrechen rechtfertigt.“ Die Kriegslogik der Bush-Administration lehnte die Fraktion in einer entsprechenden Erklärung jedoch konsequent ab und forderte die Mitgliedstaaten der EU auf, den von den USA verkündeten Rachefeldzug nicht zu unterstützen. „Mit Krieg lässt sich der Kampf gegen den Terrorismus nicht gewinnen.“ Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten müssen „als echte Partner der USA“ ihren Einfluss konsequent nutzen, damit bei der Bekämpfung des Terrorismus keine Wege beschränkt werden, bei denen das Leben von Menschen aufs Spiel gesetzt wird.

„Dem Terrorismus kann der Boden entzogen werden, indem nachhaltige, eigenständige Entwicklung, Menschenrechte, Demokratie, Toleranz und internationale Gleichberechtigung und Gerechtigkeit gefördert werden.“ Unumgänglich sei die rasche, gerechte Lösung langanhaltender internationaler Konflikte auf der Grundlage des Völkerrechts, allen voran des Nahostkonflikts. Länder- und parteiübergreifend sei man sich bewusst, dass Terrorismus nicht mit militärischen Mitteln auszurotten ist. Zu begrüßen sei, dass der Europäische Rat und die Europäische Kommission in außerordentlichen Beratungen Probleme der Terrorismusbekämpfung in Europa diskutiert haben. Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente müssen an den Entscheidungen über die Maßnahmen zur Stärkung des Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts beteiligt werden. Nicht Aufrüstung und Schaffung neuer Militärstrukturen, sondern konsequente Erweiterung und Internationalisierung der Maßnahmen zur Beschränkung und Kontrolle der Rüstungsexporte und der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und militärischer Technologie stünden auf der Tagesordnung.

Der vollständige Text der Erklärung der Fraktion GUE/NGL vom 27. September 01 ist unter www.pds-europa.de dokumentiert.

„Bildung ist das wahre Wesen menschlicher Entwicklung“

Von Feleknas Uca, MdEP

Diesen Worten von Mahubub Al Haq kann ich nur zustimmen. Bildung ist in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte als elementares Grundrecht festgelegt. Doch Millionen von Kindern in der Welt wird dieses Grundrecht vorenthalten. Laut UNICEF haben 130 Millionen Kinder nie eine Schule besucht, zwei Drittel davon sind Mädchen. Neben mangelnden finanziellen Ressourcen und der Auslandsverschuldung sind gewaltsame Konflikte und Krieg häufige Gründe dafür. Laut einiger Statistiken lebt die Mehrzahl der Kinder, die keine Grundschule besuchen, in Ländern, in denen kriegerische Auseinandersetzungen stattfanden oder stattfinden. Anstatt in die Schule zu gehen, kämpfen laut eines Berichts der Koalition gegen den Einsatz von Kindersoldaten mehr als 300.000 Kinder in 41 Ländern als Soldaten. Untersuchungen haben ergeben, dass sich Eltern gar keine Schulbildung für ihre Kinder leisten können. Hinzu kommt

die verbreitete Kinderarbeit. 250 Millionen Kinder arbeiten weltweit, damit die Familie ernährt werden kann.

Millionen weiterer Kinder müssen unter furchtbaren Bedingungen lernen. Schätzungen zufolge haben 15 % der Schulen keine Schulgebäude. Lehrer unterrichten häufig mehr als 100 Kinder in einer Klasse. Hinzu kommt der Mangel an Unterrichtsmaterialien, Büchern und Stiften. Vor allem Kinder aus ländlichen Gebieten kommen kaum in eine Schule, an behinderte Kinder wird bei der Schulplanung selten gedacht.

Das Europäische Parlament hat in seiner Septembertagung in Straßburg den Bericht der britischen Labour-Abgeordneten Glenys Kinnock behandelt und abgestimmt, in dem die Problematik der Bildungskluft zwischen den reichen und armen Ländern ausführlich behandelt wurde. In dem Bericht wird das Recht aller Kinder auf unentgeltliche Grundbildung von guter Qualität gefordert. Ich schließe mich dieser Forderung an. Denn: Bildung ist die wichtigste

Waffe bei der Bekämpfung von Armut, der Förderung von Demokratie und der Menschenrechte und der Stärkung der Rolle der Frau in der Gesellschaft. Bildung fördert den Frieden. Bildung vermittelt Selbstvertrauen, Selbstachtung und die Fähigkeit, Autorität infrage zu stellen.

Wir brauchen umfassende, globale Bildungsprogramme, um das Bildungsdefizit abzubauen. Die Bereitstellung beträchtlicher Finanzmittel in Form von Hilfe und Schuldenerlass für die ärmsten Länder muss ein wichtiger Bestandteil dieser Bildungsprogramme sein. Länder mit hohen Rüstungsausgaben müssen ihre Haushaltspläne umstrukturieren und dafür sorgen, dass der Bildung ein höherer Stellenwert im nationalen Haushalt eingeräumt wird. Die Europäische Union muss die Rechte der Kinder stärker in die Entwicklungspolitik integrieren, und es müssen Haushaltsmittel speziell für Kinder bereitgestellt werden. Formale Schulgebühren müssen abgeschafft werden, damit sich die Eltern eine Ausbildung für ihre Kinder leisten können. Mädchen müssen einen besseren Zugang zur Schul- und Grundbildung bekommen und die Kinderarbeit muss bekämpft werden. Die internationale Staatengemeinschaft ist gefordert, die Bedingungen dafür zu schaffen. ■

Mehr Schatten als Licht

In der Debatte des EP zum EU-Haushalt 2002 warnte die PDS-Abgeordnete Christel Fiebiger (GUE/NGL) davor, die Agrarmittel, nur weil sie der größte „Haushaltsbrocken“ sind, als Verfügungsmasse für andere Politikfelder anzusehen. „europarot“ sprach mit ihr.

Immerhin verschlingen die Agrarausgaben 46 Prozent des EU-Haushaltes. Ist es da nicht an der Zeit, die Agrarsubventionen zurück zu fahren?

Christel Fiebiger ■ Ich wende mich gegen das Wort „verschlingen“. Es suggeriert, die Landwirte mästen sich an den EU-Töpfen. Ihr Einkommen liegt aber weit unter dem der gewerblichen Wirtschaft. Auch bin ich allergisch gegenüber dem Begriff Subventionen. Der größte Betrag, den die Landwirte erhalten, sind keine Subventionen, sondern ein Ausgleich für reduzierte Preise, denn die Reform der EU-Agrarpolitik fußt auf dem Konzept der allgemeinen Senkung der Erzeugerpreise bei Anhebung der direkten Beihilfen.

Weder heute noch in absehbarer Zukunft können die Bauern allein von ihren Markterlösen existieren. Ohne Beihilfen würde die EU-Landwirtschaft durch die Liberalisierung der Weltagrarmärkte von der Globalisierung „verschlungen“. Deshalb: Kei-

ne Kürzung der Agrarausgaben, sondern ihre Ausrichtung auf Multifunktionalität der Landwirtschaft und ländlichen Räume, damit die Menschen dort auch künftig arbeiten, verdienen und leben können!

Wir sollten zum Haushalt kommen.

Christel Fiebiger ■ Beim Haushalt 2002 sehe ich mehr Schatten als Licht. Bei den Agrarmarktausgaben wurde der Ansatz vom Frühjahr um 1,971 Mrd. Euro verringert und die Ausgabenobergrenze des Berliner Gipfels um 2,336 Mrd. Euro unterschritten. So sei die BSE- und MKS-Krisenreserve von 1 Mrd. Euro nicht mehr nötig. Laut Haushaltskommissarin Schreyer stellt sich „der Einbruch des Rindfleischmarktes ... nicht mehr so drastisch dar wie vor einigen Monaten“. Sie malte etwas rosafarben, was in Wirklichkeit dunkelgrau ist.

Wieso dunkelgrau?

Christel Fiebiger ■ Die Situation ist knapp ein Jahr nach der jüngsten BSE-Krise noch immer bedrohlich. Die Nachfrage nach Rindfleisch erholt sich nur langsam. In Deutschland lag sie im 1. Halbjahr um 55% niedriger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Und für jedes Schlachtrind erhält der Landwirt 350 bis 450 DM weniger. Der Verbraucher muss aber für die Roulade mehr Geld auf den Tisch legen. Offensichtlich ist, dass die fünf größten Supermarktketten, die in Deutschland 90% aller Nahrungsmittel umsetzen, de facto über den Kauf der Produkte und ihren Preis entscheiden. So lange sich hier nichts ändert, muss den Landwirten geholfen werden. Der finanzielle Spielraum dafür wäre gegeben.

Gibt es keine Lichtblicke?

Christel Fiebiger ■ Lichtblicke sind, dass die Ausgabenobergrenze zur Entwicklung des ländlichen Raumes von 4,595 Mrd. Euro voll ausgefahren werden soll und für die Grenzregionen, die einem besonderen Anpassungsdruck bei der EU-Osterweiterung unterliegen, eine Haushaltlinie eingerichtet wurde. Auch wenn da noch keine Mittel drin stehen, ist das ein wichtiger Schritt, denn die Kommission muss sie mit Inhalt füllen.



Außenpolitik mit Waffen und Gewalt – Zukunftsstrategie der EU?

Von **André Brie** und **Karin Schüttpelz**

Seit der Übernahme der „Petersberg-Aufgaben“ in den Amsterdamer Vertrag gehören weltweite militärische Interventionen zu den Politikoptionen der EU. Die Dynamik des Projekts der „Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ ist präzedenzlos: 10 Tage nachdem der NATO-Rat ohne UNO-Mandat den Einsatzbefehl für die Bombardierung Jugoslawiens gebilligt hatte, werden die Positionen der Mitgliedstaaten auf einem informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs am 23./24. Oktober 1998 sondiert. Anderthalb Monate später erklären Jacques Chirac und Tony Blair: „Die EU muss in der Lage sein, ihre Rolle auf der internationalen Bühne voll und ganz zu spielen. Dazu muss die Union über autonome Handlungsfähigkeit verfügen, die sich auf glaubwürdige militärische Kräfte stützt, mit der Möglichkeit, sie einzusetzen, und mit der Bereitschaft, dies zu tun, um auf internationale Krisen zu reagieren.“¹ Unter deutscher Ratspräsidentschaft wird dies auf dem Gipfel in Köln EU-Position. 1999 beschließt der Europäische Rat die Führungsstrukturen und das Streitkräftepotenzial: Bis 2003 soll die EU

in der Lage sein, 50.000-60.000 Soldaten, einschließlich Kampfunterstützungstruppen und Logistik und zusätzlich entspre-

chende Streitkräfteanteile von Marine und Luftwaffe innerhalb von 60 Tagen in Krisenregionen zu verlegen und eine entsprechende Operation für mindestens ein Jahr aufrechtzuerhalten. Die politischen und militärischen Gremien, die seit März 2000 arbeiten, sind so organisiert, dass weder demokratische Kontrolle noch Transparenz gewährleistet sind. Im November 2000 werden die jeweiligen nationalen Beiträge vereinbart. Im Dezember 2000 sind die Anpassungen im EU-Vertrag unterschriftsreif. Auf dem bevorstehenden EU-Gipfel in Laeken soll die langfristige Finanzierung vereinbart werden. Parallel dazu vollzieht sich, vor allem auf dem Wege der deutsch-französischen Zusammenarbeit, die Entstehung einer europäischen Rüstungsindustrie.

Das Europäische Parlament unterstützt mit überwältigender Mehrheit diese Entwicklungen.² Nur die GUE/NGL-Fraktion, einige wenige Abgeordnete der Grünen aus Irland und Nordeuropa und einzelne nordeuropäische Sozialdemokraten widersetzen sich hartnäckig dem Trend und fordern mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktivitäten eine Rückbesinnung auf die Erkenntnis, dass die Anwendung militärischer Gewalt nicht geeignet ist, die regionale und internationale Sicherheit zu gewährleisten, nationale und internationale Konflikte einer Lösung zuzuführen und Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten.³ ►►

EU-Mitgliedstaat	Bodentruppen	Schiffe	Luftstreitkräfte
Deutschland	13.500	20	93
Großbritannien	12.500	18	72
Frankreich	12.000	15	75
Italien	12.000	19	47
Spanien	6.000	keine Angaben	keine Angaben
Niederlande	2 Bataillone 1 Brigade	1 Fregatte 1 Taskforce	1-2 Schwadronen 1 Batterie Patriot-Raketen
Griechenland	4.000	keine Angaben	keine Angaben
Österreich	2 Bataillone	keine Angaben	keine Angaben
Finnland	1.430	1 Minensucher	keine Angaben
Schweden	1 Bataillon 1 MP Kompanie	keine Angaben	keine Angaben
Irland	850	keine Angaben	keine Angaben
Belgien	1.000	keine Angaben	keine Angaben
Portugal	1.000	keine Angaben	keine Angaben
Luxemburg	100	keine Angaben	keine Angaben
Dänemark	0	0	0

Quelle: European Security Review, Nr.3, Dezember 2000, S.3

► Der Prozess der Schaffung von EU-Militärstrukturen selbst ist nicht mehr aufzuhalten. Bleibt die Frage: Kann man etwas tun in einer Situation, in der die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU jeglicher parlamentarischer Mitsprache entzogen ist?

Die Grundsatzentscheidung, welche geopolitische Rolle Europa künftig spielen will, ob sie dem Beispiel der Hegemonialpolitik der USA folgen will oder als eigenständiger, politisch agierender Akteur internationale Politik beeinflussen will, ist noch nicht endgültig gefallen. Unübersehbar ist das Missverhältnis zwischen Krisenprävention und dem Engagement für EU-Interventionsstreitkräfte. Das Fehlen einer öffentlichen Debatte über die künftige Rolle der EU in der internationalen Politik hat diese Entwicklung ermöglicht. Das offensichtliche Scheitern der Balkanpolitik und die Sorgen vieler, insbesondere junger Menschen, angesichts der Tatsache, dass Europa sich an Kriegen beteiligt, führt aber auch in der breiten Öffentlichkeit zu der Frage, warum die internationale Politik nicht früher eingegriffen hat. Gerade im Bereich der Krisenprävention verfügt die EU über ein gewichtiges Potenzial, das sie völlig unzureichend nutzt: Die EU ist ein bedeutsamer globaler wirtschaftlicher Akteur und wichtigster Geldgeber im Bereich der Entwicklungspolitik. Sie verfügt über ein ausgeprägtes Netz politischer, kultureller und diplomatischer Beziehungen weltweit. Sie hat sich spezifische Instrumente der Krisenerkennung und zivilen Konfliktbearbeitung geschaffen.⁴ An diesem Punkt können und müssen die Friedensbewegten ansetzen. Es ist höchste Zeit, mit einem breiten, öffentlichen Diskurs Einfluss auf die Grundausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik der EU zu nehmen. Im Ringen um mehr Krisenprävention und demokratische Kontrolle haben wir quer durch die Gesellschaft – bis in die Reihen der Militärs hinein – viele Gleichgesinnte. ■

1 Gipfeltreffen des französischen Staatspräsidenten, Jacques Chirac, und des britischen Premierministers, Tony Blair, am 4. Dezember 1998 in St. Malo

2 vgl. u.a. Bericht über die Verwirklichung einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU nach Köln und Helsinki (A5-0339/2000).

3 vgl. u.a. Entschließungsantrag, eingereicht von den Abgeordneten Brie, Frahm, Alavanos, Maset, Morgantini und Miranda im Namen der GUE/NGL-Fraktion zur gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Hinblick auf die Tagung des Europäischen Rates von Feira (B5-0524/2000).

4 vgl. Mitteilung der Europäischen Kommission zur Krisenprävention, KOM(2001)211 endg. und Programm der EU zur Verhütung gewaltsamer Konflikte vom Juni 2001.

Grenzregionen fördern

Kooperation statt Konkurrenz, Klarheit von unten statt Diktat aus Brüssel – das war der Tenor der Konferenz über Grenzregionen in einer sich erweiternden EU, zu der die Linksfraktion im Europaparlament nach Frankfurt (Oder) eingeladen hatte. Parlamentarier, Kommunalpolitiker und Gewerkschaftsvertreter aus Polen und Tschechien, den beiden aussichtsreichsten Anwärtern auf einen baldigen EU-Beitritt, nutzten die Gelegenheit, zu einem produktiven Erfahrungsaustausch mit ihren deutschen Kollegen.

Als „halbherzig, unaufrichtig und ungerrecht“ charakterisierte MdEP Hans Modrow die Haltung der Kommission in Hinblick auf die Grenzregionen. Das von Brüssel vorgelegte „Aktionsprogramm“ bleibe weit hinter den Erfordernissen zurück. Konkrete Vorschläge für ein produktives Miteinander in den Grenzregionen in der Vor- und Nachbeitrittsphase, für die „Integration von unten“, konnten die Konferenzteilnehmer einem Arbeitspapier entnehmen, das von Hans Modrow, Gerlinde Stobrawa, PDS-Abgeordnete im Brandenburger Landtag, und dem PDS-Bundestagsabgeordneten Uwe Hixsch vorgelegt wurde.

Es sei schwierig, aber nicht unmöglich, die Versäumnisse in der bis zum Beitritt verbleibenden Zeit wett zu machen, sagte Helmuth Markov, stellvertretender Vorsit-

zender des Ausschusses für Regionalpolitik im EP. Die Oder sei geradezu prädestiniert als gemeinsamer Korridor, von dem nach beiden Seiten die Türen abgehen. Um sie zu öffnen, bedürfe es eines neuen Politikansatzes.

Für „Klarheit von unten“ plädierte Jaromir Kohlicek, Abgeordneter der KP Böhmen und Mähren im tschechischen Parlament. Er hielt der Brüsseler Kommission vor, mit unterschiedlichen Maßstäben zu messen. Die Erweiterungsstrategie der Kommission laufe auf ein Europa der zwei Geschwindigkeiten hinaus, den Kandidatenländern würden grundsätzliche Rechte verwehrt, die für die Altmitglieder selbstverständlich seien. Aus diesem Grund habe sich die Erwartungshaltung in der Bevölkerung Tschechiens hinsichtlich einer Mitgliedschaft „dramatisch geändert“.

Einen vielbeachteten politischen Akzent erhielt die Konferenz durch eine Botschaft des ehemaligen polnischen Premierministers Jozef Oleksy. Das Mitglied des Landesvorstandes der SDL, Siegerin der jüngsten Parlamentswahlen, zeigte sich überzeugt, „dass die grenznahe Zusammenarbeit der mittelosteuropäischen Nachbarländer Früchte tragen und Erfolg bei der Erweiterung der EU bringen wird“ und die Konferenz zu einem „erfolgreichen Anfang von festen Kontakten wird“. (GPS/GP)

In ihrer Sitzung vom 25. bis 27. 11. in Schwerin beschäftigte sich die konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/ Nordisch Grüne Linke im Europäischen Parlament auch mit der Lage der Werftindustrie in Mecklenburg-Vorpommern. Die Fraktion gab folgende Erklärung ab:

Produktionsbeschränkungen bedrohen Existenz der Werften

Mit großer Sorge sehen die Mitglieder der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordisch Grüne Linke im Europäischen Parlament die Situation der Werften in Mecklenburg-Vorpommern. Die Aktionen der Werftarbeiterinnen und Werftarbeiter sowie der IG Metall Nord gegen die von der EU auferlegten Produktionsbeschränkungen im Schiffbau finden ihre uneingeschränkte Unterstützung.

Diese Produktionsbeschränkungen erweisen sich als eine sehr ernste Bedrohung für die Existenz der Werften in Mecklenburg-Vorpommern und für die verbliebenen Arbeitsplätze.

Angesichts der Tatsache, dass in Mecklenburg-Vorpommern mehr als jeder Dritte einen Arbeitsplatz sucht und die maritime Industrie in diesem Bundesland den Kern der verbliebenen industriellen Struktur darstellt, muss die Europäische Kommission sofort handeln. Wir fordern:

- Erstens die Flexibilisierung der Produktionsbeschränkungen, insbesondere die Anwendung der Quoten für die verbleibenden fünf Jahre der Regelung.
- Zweitens müssen die Rationalisierungseffekte in der europäischen Werftindustrie von jährlich acht bis zehn Prozent berücksichtigt und entsprechend die Quoten erhöht werden, um keine weitere Reduzierung der Beschäftigtenzahlen zu verursachen.
- Drittens fordern wir angesichts der massiven internationalen Wettbewerbsverzerrung im Schiffbau die Europäische Kommission auf, die allgemeinen Produktionsbeihilfen wieder einzuführen, so lange keine Einigung mit Südkorea erreicht worden ist.

Abbau der europäischen Demokratien als Kollateralschaden der Terrorismusbekämpfung?

Von Andreas Wehr

Nur wenige Tage nach den Attentaten in den USA legte die Europäische Kommission zwei fertig ausgearbeitete Vorschläge für Rahmenbeschlüsse auf dem Tisch des Rates, einer zur „Bekämpfung des Terrorismus“ und einer mit dem Ziel der „Einführung eines europäischen Haftbefehls und der sich daraus ergebenden Auslieferungspraxis“. Der Europäische Rat wird bereits Anfang Dezember abschließend über diese beiden Vorlagen entscheiden. Damit dürften diese Vorschläge in Rekordzeit Beschlüsse werden. Eine ordentliche Beratung im Europäischen Parlament, das eh nur das Recht zu einer Stellungnahme hat, oder gar in den nationalen Parlamenten wird auf diese Weise von vornherein unmöglich gemacht.

Sollte das Realität werden, was da am 22. September auf den Weg gebracht wurde, würden die innenpolitischen Verhältnisse vieler EU-Staaten frostiger werden, sie würden sich illiberalen spanischen, britischen und nicht zuletzt deutschen Zuständen bedenklich annähern.

Dies beginnt bei dem vorgesehenen weiten Terrorismusbegriff, der ausdrücklich auch „Beschädigungen öffentlicher Einrichtungen, öffentlicher Transportmittel, Infrastruktureinrichtungen, öffentlicher Plätze und von Eigentum (privatem wie öffentlichem)“ als unter Umständen terroristische Straftaten nennt. Ausdrücklich wird in der Begründung darauf hingewiesen, dass dies auch „Akte städtischer Gewalt“ umfasst. Voraussetzung zur Bewertung dieser Taten als terroristisch ist das Ziel von Einzelpersonen oder Gruppen, dies zur „Einschüchterung, grundlegenden Veränderung oder Zerstörung der politischen, ökonomischen oder sozialen Strukturen dieser Länder“ zu nutzen. Wer denkt da nicht unwillkürlich an die jüngsten Zusammenstöße in Göteborg und Genua? Vorbilder für diesen weiten Terrorismusbegriff finden sich bereits in den Rechtsordnungen einiger EU-Mitgliedsländer. In Spanien und Frankreich wird ein terroristischer Akt bereits in der „Bedrohung der öffentlichen Ordnung und des öffentlichen Friedens“ gesehen. In Großbritannien und Portugal wird darunter eine „Beeinträchtigung des reibungslosen Funktionierens der Regierung und der Institutionen“ verstanden. In diesen beiden Ländern soll auch schon „eine Ein-



Zündeln an demokratischen Errungenschaften?

schüchterung von Personen oder Gruppen“ genügen, um Straftaten als terroristische Akte zu bewerten.

Um etwaigen Missverständnissen vorzubeugen: Es geht hier nicht um eine Infragestellung der Tatsache, dass solche Taten strafwürdig sind. Sie sind es selbstver-

ständig und alle Mitgliedstaaten der EU sehen dafür natürlich schon heute empfindliche Sanktionen vor. Kritisiert werden muss die bedenkliche Ausweitung des Terrorismusbegriffs, der zukünftig auch auf einen großen Bereich politisch motivierter Straftaten angewandt werden soll. Dies führt zu einer Stigmatisierung der Täter und ihres politischen Umfeldes und nicht zuletzt zu einer drastischen Heraufsetzung des Strafmaßes. Manche Täter, die bisher mit Geldstrafen oder mit zur Bewährung ausgesetzten Haftstrafen glimpflich davonkamen, werden zukünftig wohl Jahre hinter Gitter verbringen müssen. Um aber auch hier nichts den Gesetzgebern in den einzelnen Mitgliedsländern zu überlassen, liefert der Kommissionsvorschlag gleich den Strafraum für die Taten mit, der von den EU-Staaten nur noch übernommen werden muss.

Der EU-Ratsbeschluss wird die Rechtslagen vor allem der Mitgliedsländer grundlegend verändern, die den Terrorismus auf ihrem eigenen Territorium gar nicht kennen, so etwa in den skandinavischen oder den Benelux-Staaten. Der Richtlinienentwurf nennt denn auch lediglich Frankreich, Deutschland, Italien, Portugal, Spanien und Großbritannien, in denen bereits jetzt spezielle Antiterrorgesetze existieren, die anderen neun, und damit die übergroße Mehrheit der EU-Staaten, kommen seit jeher mit den dort bestehenden allgemeinen Bestimmungen des Strafrechts und Strafprozessrechts aus. Diese Länder kennen auch die Probleme eines militanten Sezessionismus nicht, wie er etwa Spanien, Frankreich oder Großbritannien terrorisiert. Dennoch sollen sie nun Bestimmungen akzeptieren und damit weitreichende Einschränkungen von Freiheitsrechten in Kauf nehmen, die sich andere Nationen unter ganz bestimmten politischen Konstellationen zur Bekämpfung terroristischer Gefahren gegeben haben. Zu Recht müssen die Öffentlichkeiten dieser Länder dort die Beschlüsse des Europäischen Rats als bürokratischen Akt empfinden, mit denen Dinge von ihnen verlangt werden, für die bei ihnen überhaupt kein Bedarf existiert. Da aber die Beratungszeit der neuen Rahmenbeschlüsse kaum mehr als zwei Monate betragen soll, werden die Beschlüsse bereits in Sack und Tüten sein, ehe dies die Öffentlichkeiten in jenen Ländern überhaupt bemerkt haben. So funktioniert eben Europa! ■

Nach Genua – Vor Laeken: Grundrechte verteidigen



Zwischen Genua und Laeken: 19. September, EU-Gipfel in Gent

Von Sylvia-Yvonne Kaufmann

Der Innenausschuss des Deutschen Bundestages hat sich jetzt am 8. November geweigert, auf Antrag der PDS einen Untersuchungsausschuss zu den Übergriffen italienischer Sicherheitskräfte auf Kritikerinnen und Kritiker der neoliberalen Globalisierung beim G8-Gipfel in Genua einzurichten. Zahlreiche Bürger- und Menschenrechtsorganisationen, u.a. amnesty international, hatten eine öffentliche Untersuchung gefordert, nachdem die Untersuchungen des italienischen Parlaments keine Aufklärung gebracht hatten. Auch auf EU-Ebene gestaltet sich eine Untersuchung der Vorkommnisse äußerst schwierig, nachdem das Europäische Parlament die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses mit der äußerst knappen Mehrheit von 7 Stimmen abgelehnt hatte.

Zur Erinnerung: In Genua waren über 300 Menschen zwischenzeitlich inhaftiert worden. Gegenüber 220 Personen wurde Untersuchungshaft angeordnet. Allein beim Überfall auf die Schule Diaz wurden von 93 Festgenommenen 61 Personen verletzt. Knochenbrüche und Kopfverletzungen gehörten noch zu den leichteren Verletzungen. Der Demonstrant Carlo Giuliani wurde von Carabinieri erschossen.

Zahlreiche Festgenommene berichteten über schwere Misshandlungen auf den Polizeiwachen, insbesondere in der Polizeikaserne Bolzaneto, was Polizeibeamte u.a. in Interviews in der italienischen Zeitung

„La Repubblica“ bestätigten. Massiv und gezielt wurden Polizeiprovokateure im so genannten Black Block eingesetzt. Auch Informationen, dass zielgerichtet Provokateure der neonazistischen Gruppe „Forza Nuova“ von der Polizei angeworben wurden, um durch Gewalttaten aus linken Demonstrationen heraus diese zu diskreditieren und der Polizei Anlässe zum Einschreiten zu liefern, sind als Tatsache mittlerweile erwiesen.

Als ich mit meinem Mitarbeiter Martin Hantke Mitte September nach Genua reiste, um dort noch immer inhaftierte junge Männer aus Deutschland zu besuchen, hatte die italienische Regierung de facto nichts unternommen, um die Vorwürfe an die Adresse der italienischen Ordnungskräfte untersuchen zu lassen. Seit dem 11. September gibt es nun noch weniger Hoffnung. So brandmarkte der italienische Ministerpräsident Berlusconi bei seinem jüngsten Besuch in Berlin gleich alle Kritikerinnen und Kritiker der neoliberalen Globalisierung als Terroristen. Während ihm bei seiner unsäglichen Erklärung gegenüber dem Islam noch Widerspruch entgegenschlug, war auf den pauschalen Terrorismusvorwurf an die Adresse der 300.000 Demonstranten gegen den G8-Gipfel von der deutschen Regierung öffentlich kein einziges Wort entgegnet worden.

Dessen ungeachtet gibt es weiterhin politische Initiativen, die diese massive Verletzung von Grund- und Menschenrechten

in einem Mitgliedsstaat der EU nicht auf sich beruhen lassen wollen. So hat sich aus dem Kreis der demokratischen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte eine „Internationale Untersuchungskommission zum Schutze der Grundrechte in der Globalisierung“ gebildet. Sie wollen in Zukunft bei internationalen Gipfeltreffen präsent sein: Zum einen, um Polizei und Justiz bei ihrem Vorgehen gegen Demonstrant/innen zu beobachten und zum anderen, um Grundrechtsverletzungen der jeweiligen Länder zu dokumentieren. Nicht zuletzt wollen sie sich generell für den Schutz der Grundrechte einsetzen, die in der neoliberalen Globalisierung unter die Räder zu geraten drohen.

Im Europäischen Parlament haben Mitglieder der Linksfraktion, der Sozialdemokraten und der Grünen nicht locker gelassen. So steht in den nächsten Wochen der Bericht des britischen liberalen Abgeordneten Watson zur „Sicherheit bei EU-Gipfeln und anderen vergleichbaren Ereignissen“ zur Abstimmung. Im Berichtsentwurf wird massive Kritik an den italienischen Behörden in bezug auf die Ereignisse in Genua deutlich. Auch die völlig willkürliche Praxis einzelner Mitgliedsstaaten, die Freizügigkeit von Demonstrant/innen einzuschränken oder die Daten von Personen weiterzugeben, wird an den Pranger gestellt. Es bleibt abzuwarten, ob diese Kritik in der bisherigen Form durchdringen wird, denn die Konservativen unterstützen jetzt im Ausschuss die Leute von Forza Italia, Berlusconi Partei, die jede Kritik an italienischen Behörden wegstimmen will. Im Vorfeld des nächsten EU-Gipfels in Laeken (Belgien) Anfang Dezember steht daher die Frage, ob die Kritik von Abgeordneten, sozialen Bewegungen und Juristenvereinigungen zukünftige Grundrechtseinschränkungen bzw. -verletzungen in den Mitgliedstaaten der EU entgegenwirken kann. ■

Kontakt zur „Internationalen Untersuchungskommission“: „Droit fondamentaux et mondialisation“ 13 Boulevard Georges-Favon, CH 1204 Genève, tel. 0041 22 3121400 fax. 0041 22 3121452 oder in der Bundesrepublik über den Republikanischen Anwaltsverein: www.rav.de, Geschäftsführer Hannes Honecker, tel. 0511/312809 fax. 0511/3481659.

Der Berichtsentwurf des Abgeordneten Watson kann unter: www.europarl.eu.int/meetdocs/committees/libe/20011015/LIBE20011015.htm heruntergeladen werden.

Kontakt zu Kritikerinnen und Kritikern der neoliberalen Globalisierung unter: www.attac.org

Weitere Informationen zu Genua und Laeken unter: www.indymedia.de

**Vorgestellt:
Rifondazione
Comunista**

Partei der kommunistischen Neugründung Italiens

Von Luigi Vinci

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament vor zweieinhalb Jahren erhielt die Partei der kommunistischen Neugründung, Rifondazione Comunista 4,3% der Stimmen – den geringsten Stimmenanteil in den 11 Jahren ihrer Existenz – vier Abgeordnete (Luisa Morgantini, parteilos, Giuseppe Di Lello, Luigi Vinci und Fausto Bertinotti, Generalsekretär der Rifondazione) wurden gewählt. Zuvor wäre die Partei fast ins Straucheln geraten durch die Abspaltung ihres moderateren Flügels, angeführt durch ihren (ehemaligen) Präsidenten Armando Cossutta, und der sich daraus ergebenden Gründung der Partei der Kommunisten Italiens, der PdCI. Der moderate Flügel hatte gegen den Austritt aus der parlamentarischen Mehrheit, die die Regierung Romano Prodi unterstützte, plädiert. Bei den Parlamentswahlen im gleichen Jahr erhielt die Rifondazione dann wieder 5% der Stimmen, seitdem scheint ihr gesellschaftlicher Einfluss erneut zu steigen.

Die Präsenz des Generalsekretärs, Fausto Bertinotti, in unserer Delegation ist von besonderer Bedeutung, denn Rifondazione denkt die Europäische Union nicht nur als einen Ort, an dem grundsätzliche Entscheidungen über die allgemeinen Lebensbedingungen der europäischen Bevölkerungen gefällt werden, sondern auch als einen Ort, an dem gegen diese Entscheidungen opponiert werden kann. Wir halten es für eine Illusion, die Verteidigung der Lebensbedingungen der Arbeiterinnen und Arbeiter und im allgemeinen der europäischen Bevölkerungen gegen die negativen Effekte der Globalisierungsprozesse unter kapitalistischer Führung zu organisieren, indem wir uns in unseren nationalstaatlichen Grenzen einschließen. Wir denken darüber hinaus, dass nur die politische Einigung Europa wirklich aus der Geschichte der furchtbaren Kriege zwischen seinen Völkern in den vergangenen Jahrhunderten befreien kann.

Zur gleichen Zeit setzen wir uns ein für eine Demokratisierung der Europäischen

Union, für eine stärkere Orientierung der Linken auf die Felder der Politischen Ökonomie, des Sozialen und der kapitalistischen Peripherie und nicht zuletzt für eine Abrüstung auf dem gesamten Kontinent.

Rifondazione Comunista bereitet sich gegenwärtig auf ihren sechsten Kongress vor, der Ende März 2002 stattfinden wird. Dabei handelt es sich für die Partei um eine Phase von großer Wichtigkeit. Vor allem wollen wir zum ersten Mal eine genaue Definition unserer Identität vorlegen, nicht nur in strategischer Hinsicht, sondern auch in kultureller. Das ist auch aus einem anderen Grund von entscheidender Bedeutung. In der früheren „Rifondazione Comunista“ gab es zwei sehr unterschiedliche Lesarten der „Kommunistischen Neu/Wiedergründung“, die in zunehmendem Maße gegensätzlicher wurden. Für die Cossuttianische Strömung – die selbst nur in geringen Maße Cossutta bei der Spaltung hin zur PdCI, zur Partei der italienischen Kommunisten, gefolgt ist, und die stark von einer stalinistisch geprägten politischen Kultur beeinflusst ist – natürlich in der abgeschwächten italienischen Variante, und die deshalb durch einen extrem taktischen Moderatismus charakterisiert ist, der sie in den traditionellen europäischen Reformismus hineinzieht – bedeutet „Rifondazione Comunista“ die Wiedergründung der früheren PCI von vor 1991 oder besser gesagt der Partei der fünfziger und sechziger Jahre. Für den anderen Teil der Partei, die vom ingraoistischen* Flügel der Partei, von der Neuen Linken oder der IV. Internationale kommen und gerade auch für die jungen Mitglieder bedeutet „Rifondazione Comunista“ eine radikale Erneuerung der politischen Kultur. Es geht ihnen um die kritische Überwindung einer militaristischen Konzeption der Partei und um die Bekräftigung der Konzeption eines So-

zialismus als Demokratisierung der Totalität des gesellschaftlichen Prozesses.

Gerade das gewaltige Anwachsen des Widerstands, angefangen von den Demonstrationen im Juli in Italien, der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung und danach des großen Oktobermarsches von Perugia nach Assisi gegen den Krieg hat die Notwendigkeit einer schnellen Erneuerung der Partei bestätigt. Auf der einen Seite ist nicht unsere gesamte Partei dazu fähig, die Bewegung zu integrieren und sich ihr anzunähern, gerade der cossuttianische Flügel stellt sich gegen eine Orientierung auf die Bewegung und kritisiert darüber hinaus die Integration der Partei in sie. Auf der anderen Seite stehen die jungen Kommunistinnen und Kommunisten und der allergrößte Teil der Partei, die es notwendig finden, sich in die Bewegung zu integrieren und in ihr eine politische Idee verkörpert sehen, hier an erster Stelle die Idee der demokratischen Massenaktion statt des technischen Kommandos über die Massen. Das hat die Sympathien für die Rifondazione in der Bewegung gegen die Globalisierung und den Krieg stark erhöht, insbesondere in ihrem jüngeren Teil.

Es ist interessant festzustellen, dass gerade auch im katholischen Teil der Bewegung, der der numerisch stärkste ist, die Sympathien für die Partei in großer Offenheit geäußert werden – aber zur gleichen Zeit auch die Erwartungen an ihre schnelle Erneuerung. ■

Übersetzung: Martin Hantke

* Benannt nach Pietro Ingrao, Teilnehmer am antifaschistischen Widerstandskampf, von 1947 bis 1957 Direktor der Parteizeitung *Unita*. Seit 1948 Abgeordneter der Italienischen Kommunistischen Partei, 1976 wurde er Parlamentspräsident. Ingrao verließ 1993 die in Partei der Demokratischen Linken (PDS) umbenannte KPI.



Die Europaabgeordneten der Rifondazione Comunista

Luigi Vinci ■ Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik, Stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie.

Giuseppe di Lello Finuoli ■ Mitglied des Ausschusses für die Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten, Mitglied des Petitionsausschusses, Stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung.

Luisa Morgantini ■ Mitglied des Ausschusses für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie, Stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Entwicklung und Zusammenarbeit, Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für die Rechte der Frau und Chancengleichheit.

Fausto Bertinotti ■ Mitglied des Ausschusses für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie, Stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Recht und Binnenmarkt.

kurz & bündig

**Besuch in der Uckermark**

Eine Delegation des Ausschusses für Regionalpolitik, Verkehr und Tourismus des Europäischen Parlaments besuchte auf Einladung des Landrats Benthien (CDU) die Uckermark, um vor Ort Projekte kennenzulernen, die im Rahmen der europäischen Regional- und Strukturpolitik gefördert werden (Kooperation von Landnutzung und Naturschutz im Naturpark Uckermärkische Seen und umweltfreundlicher Tourismus). Der Besuch bot die Gelegenheit, direkt mit den regionalen Verantwortungsträgern und Experten über die Bedeutung und Notwendigkeit der europäischen Regionalpolitik, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen und die Vorbereitung der Grenzregionen auf die bevorstehende Erweiterung der EU zu diskutieren. Erstmals blieb der Besuch einer Delegation des Ausschusses nicht auf ein Land – das Bundesland Brandenburg – beschränkt, sondern wurde am Grenzübergang Pomellen und auf polnischer Seite in Szczecin fortgesetzt. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments sprachen mit dem zuständigen Verkehrsminister aus Polen, Widzyk, dem uckermärkischen Landrat und dem Marschall Falinski der Region Westpommern, den deutschen und polnischen Vorsitzenden der Euroregion Pomerania Heise und Meyer, dem Leiter des Naturparks Uckermärkische Seen, Resch, und weiteren Verantwortlichen für EU-Projekte sowie die deutsch-polnische Zusammenarbeit kompetent und freimütig über die aktuelle Situation und Erwartungen an die künftige Entwicklung der EU-Regionalpolitik. Wie Helmut Markov (MdEP) zum Abschluss feststellte, haben sich die monatelangen Bemühungen zur Realisierung der Reise gelohnt, da die Abgeordneten-Kollegen aus Spanien, Großbritannien, Niederlanden und Deutschland jetzt besser die konkreten Bedürfnisse einer ostdeutschen Ziel-1-Region, die zugleich Euro- bzw. Grenzregion ist, kennen und verstehen würden. Das er-

leichtere die Diskussionen im Europäischen Parlament zur künftigen Gestaltung der europäischen Strukturfonds, der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der Probleme der Grenzregionen. ■

Thomas Raeck

Studententage in Schwerin

Studententage, welche die Fraktionen des EP einmal halbjährlich abhalten, führten die PDS-Abgeordneten nach Finnland und Portugal, nach Frankreich und Schweden. Diesmal hatte die Gruppe ein Heimspiel: Die Linksfraktion kam Ende September nach Mecklenburg-Vorpommern. In einem anregenden Gedankenaustausch im Landtag und bei Besuchen der Wismarer Aker MTV-Werft und der Genossenschaft Pflanzenbau in Warin machten sich die Abgeordneten mit den politischen, ökonomischen und sozialen Problemen des Bundeslandes vertraut, das seit drei Jahren von einer SPD/PDS-Koalitionsregierung geführt wird.

Besonderes Augenmerk galt der Frage der Vollbeschäftigung. Wie akut dieses Problem ist, hätten die Parlamentarier in keinem Bundesland besser studieren können als in Mecklenburg-Vorpommern, das eine statistisch ausgewiesene Arbeitslosenquote um die 18 Prozent aufweist. In einigen vorpommerschen Kreisen liegt sie bei 25 und mehr Prozent. Jeder dritte Arbeitslose ist langzeitarbeitslos, erschreckend hoch ist der Anteil junger Menschen, die keinen Job finden. Hier entdeckten die Abgeordneten Parallelen zur Situation in ihren Heimatländern. Ilda Figueredo aus Portugal machte darauf aufmerksam, dass nur 7 der 15 EU-Staaten die Leitlinien des Lissabonner Gipfels von 1999 zur Vollbeschäftigung in nationale Aktionspläne „übersetzt“ hätten, zu den Säumigen gehöre auch Deutschland. Zwar seien EU-weit seitdem 3 Millionen Arbeitsplätze geschaffen worden, doch jedes dritte Arbeitsverhältnis sei ein prekäres, extrem gestiegen sei die Zahl der Frauen in Teilzeitjobs. Nach Auffassung von Salvador Jové aus Spanien gibt es überhaupt keine europäische Beschäftigungspolitik, „sondern nur eine von der EU gemachte neoliberale Politik“. Herman Schmid, schwedischer Sozialpolitiker, erwartet, dass sich durch die Erweiterung der Union das soziale Gefälle extrem vergrößern werde und klagte mehr Mitspracherechte für die Parlamente und die Gewerkschaften ein.

Diese Forderung ist nicht zuletzt in Hinblick auf die bevorstehende Erweiterung

I M P R E S S U M

Europäisches Parlament



Herausgegeben
von der PDS-Delegation
in der Konföderalen Fraktion der
Vereinten Europäischen Linken/
Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

Rue Wiertz,
ASP 09 G 218,
B-1047 Brüssel,
Belgien
<http://www.pds-europa.de>

V.i.S.d.P. Sylvia-Yvonne Kaufmann
Redaktionsschluss: 15. November 2001
Fotos: indymedia (S. 6)
Satz & Gestaltung: Michael Pickardt
Druck: Druckhaus Schöneweide
Auflage: 43.000

der EU zwingend. „Ohne europäische Solidarität gibt es keine europäische Identität“, unterstrich Hans Modrow, Koordinator in der Fraktion für Fragen der Osterweiterung, der dazu seinen Kollegen ein Thesenpapier vorgelegt hatte. So wie er kritisierte auch Laura Gonzales aus Spanien und Pernille Frahm aus Dänemark, dass die Erweiterung als ein technokratisches Projekt betrieben werde, bei dem die humanistischen Werte des europäischen Einigungsprozesses verloren gehen. Die Art und Weise, wie die Erweiterung vorbereitet und gestaltet wird, könne zu einem Anpassungscrash mit ungeahnten Folgen führen, warnte Francis Wurtz, Vorsitzender der Fraktion. Um linke Gegenpositionen zu entwickeln, regte Hans Modrow an, dass sich die Fraktion in Fortsetzung des Gedankenaustausches, der in Budapest begonnen und unlängst in Prag fortgesetzt wurde, im nächsten Jahr in Warschau mit Vertretern von linken Parteien und Bewegung der Beitrittskandidaten trifft. Auf Interesse, wenngleich nicht ungeteilte Zustimmung, stieß auch sein Vorschlag eines „Petersburger Treffens“ mit progressiven Vertretern der GUS- Staaten. ■

Gert Prokot

Termin

Am **3.12.01** veranstaltet die Fraktion GUE/NGL in Bautzen, Haus der Sorben eine Konferenz zum Thema „**Kultur- und Bildungsautonomie für das sorbische Volk**“ (Nähere Infos: Europabüro Bautzen ...)